

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 24.07.2017, 16:30 Uhr – 18:30 Uhr

2. Treffen Vernetzungsforum Assistenz und persönliches Budget

Teilnehmer: 9

Name	Vorname	Institution
Baumgartner	André	Die Linke Ortsverband Fürth
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Haas	Hans-Peter	
Hollmann	Linda	Lebenshilfe Fürth e.V.
Höppner	Frank	Bauverein Fürth eG
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen (Stadt Fürth)
Linsner	Luise	BASIS-Institut
Ludl	Tanja	BASIS-Institut
Streck	Ingrid	Behindertenrat

Inhalt

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba	2
2 Einführung durch Herr Dr. Buba.....	2
3 Diskussion.....	2
4 Verabschiedung	5

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 2. Sitzung des Vernetzungsforums „Assistenz und persönliches Budget“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Im Anschluss an die einführenden Worte erläutert Herr Buba die Schwerpunkte der heutigen Sitzung.

2 Einführung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba erklärt, dass in der heutigen Sitzung nochmal die Möglichkeit besteht, Maßnahmen umzuformulieren und weitere Ideen in die Diskussion einzubringen. Ein Textentwurf in ausgedruckter Version liegt allen Anwesenden vor, der nun besprochen wird. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die formulierten Maßnahmen gelegt werden. Des Weiteren erläutert Herr Buba kurz, dass es zu jedem Vernetzungsforum ein eigenes Kapitel im Aktionsplan geben wird. Anschließend leitet er in die Diskussion des Textentwurfs über.

3 Diskussion

Frau Kirchner möchte zunächst wissen, wieso dieser Textentwurf keine Befragungsergebnisse enthält, so wie es bei den bisherigen Vernetzungsforen der Fall war. Herr Buba erklärt daraufhin, dass der Anteil der Menschen in Fürth, die Assistenz oder persönliches Budget erhalten, sehr gering ist. Es war deshalb sehr schwer, dies graphisch darzustellen. Frau Kirchner befürwortet trotzdem zumindest eine qualitative Aussage bezüglich der Assistenz bzw. einen kurzen Vermerk auf die geringe Fallzahl.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die Aussagen zum Vermögensfreibetrag (Bundesteilhabegesetz) im Eingangstext (Seite 3) nicht korrekt sind. Der Vermögensfreibetrag steigt ab jetzt immer schrittweise. Erst im Jahr 2020 sind die im Text genannten 50000 Euro erreicht. Auch werden ab 2020 Ehepartner und deren Vermögen nicht mehr angerechnet. Frau Kirchner bietet an, diesen Abschnitt nochmal auf seine Richtigkeit zu überprüfen, da dieses Thema sehr komplex ist. Zudem merkt sie an, dass das Budget für Arbeit nicht an den Menschen mit Behinderung, sondern direkt an den Arbeitgeber geht (als Lohnkostenzuschuss). Mit dem persönlichen Budget hat das aber wenig zu tun. Dieser Aspekt ist eher beim Handlungsfeld Arbeit passend.

Das wollen wir erreichen

Zunächst sind sich die Teilnehmer einig, dass das Wort „Lebensmodell“ durch „Unterstützungsmodell“ ersetzt wird. Menschen mit Behinderung müssen optimal bei der Beantragung des persönlichen Budgets beraten werden, auch bezüglich unterschiedlicher Beschäftigungsmodelle und Finanzierungsmöglichkeiten. Herr Buba erläutert, dass es ja eigentlich zwei Bereiche gibt: Verfahrensassistenz und Alltagsassistenz. Die Handlungsfelder der Beratungsstelle sollen hier in Stichpunktform dargestellt werden.

Handlungsziele für die nächsten fünf Jahre

Dieser Abschnitt soll erweitert werden. Ab Januar 2018 soll es in der Stadt Fürth eine unabhängige Teilhabeberatungsstelle geben. Diese muss von der Kommune unterstützt werden (z.B. durch geeignete Räumlichkeiten).

Vereinfachung des Beantragungsprozederes „persönliches Budget“

Das Wort „Beantragungsprozedere“ wird durch „Antragsverfahren“ ersetzt. Die Antragsstellung wird von Betroffenen als sehr kompliziert beschrieben. Der dritte Satz der Maßnahme wird umformuliert: „Es werden unter anderem Informationen zentral zusammengetragen, sodass das Antragsverfahren einfacher wird.“

Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle

Diese Beratungsstelle wird mit Unterstützung der Stadt Fürth ins Leben gerufen. Als Vorbild dient allerdings nicht die Beratungsstelle in Ansbach, sondern die in Erlangen (ZSL-Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V.).

Flexible Gestaltung von Assistenz

Der letzte Satz der Maßnahme wird gestrichen. Auch der zweite Satz soll umformuliert werden: „Folglich bedarf es einer flexiblen Handhabung der Assistenz, die dauerhaft optimal an sich ändernde Bedürfnisse angepasst werden kann“. Auch soll eine Vernetzung verschiedener Zuständigkeiten bzw. Anbieter von Assistenzleistungen vorangetrieben werden.

Frau Kirchner erklärt, dass eine Assistenz nur für einen bestimmten Zeitraum bewilligt wird und man danach wieder einen Antrag stellen muss. Hier muss der Betroffene gut organisiert sein und den Antrag rechtzeitig stellen, da man möglicherweise lange auf

eine Bewilligung wartet. Eine Beratungsstelle könnte den Betroffenen hierbei unterstützen und ihn z.B. anschreiben, wenn die Assistenzbewilligung bald ausläuft, sodass daran gedacht wird, rechtzeitig einen weiteren Antrag zu stellen.

Case-Management

Das Case-Management wird auch bei der unabhängigen Beratungsstelle angesiedelt. Der letzte Satz der Maßnahme wird abgeändert, sodass er nun wie folgt lautet: „Das Case-Management-Konzept trägt zu einer Entlastung der Angehörigen bei“.

Einführung der unterstützten Kommunikation

Frau Kirchner findet, dass dieses Thema eher bei Barrierefreiheit der Kommunikation und Information angesiedelt werden sollte. Frau Streck stimmt ihr diesbezüglich zu. Eine Beratung bezüglich unterstützter Kommunikation könnte bei der Lebenshilfe angesiedelt werden, passt aber nicht zur Assistenzberatung. Diese Beratungsstelle bezüglich unterstützter Kommunikation könnte für Einrichtungen, Schulen, Betroffene sowie Angehörige von Vorteil sein. Im Bereich Assistenz und persönliches Budget wird diese Maßnahme deshalb gestrichen.

Assistenzleistungen im Freizeitbereich

Diese Maßnahme wird umformuliert: „Um Menschen mit Behinderung Teilhabechancen und spontane Aktivitäten zu ermöglichen, müssen Assistenzleistungen auch vermehrt im Freizeitbereich gewährleistet werden. Diese benötigen allerdings eine Planungsphase im Voraus, weil z.B. Anträge gestellt werden oder externe Assistenten gefunden werden müssen. Auch schränken häufig hohe Angebotskosten Assistenz ein. Kostengünstige und unbürokratische Assistenz im Freizeitbereich wird deshalb forciert.“

Umsetzung trägerübergreifender Budgets

Hier gab es von Seiten der Teilnehmer keine Änderungswünsche.

Schaffung von Verfahrensassistenz

Frau Streck möchte wissen, ob eine unabhängige Beratungsstelle auch rechtliche Beratung leisten kann. Der Aspekt der Rechtsberatung könnte auch unter dem Punkt der unabhängigen Beratungsstelle aufgegriffen werden sowie der Aspekt der Verfahrensassistenz, da diese auch zu den Beratungsangeboten zählt.

Ausweitung der Informationskanäle zum Thema Persönliches Budget

Diese Maßnahme wird gestrichen.

Bedarfsabdeckung Assistenz

Es wird dafür plädiert, eine Bedarfsanalyse im Rahmen einer Masterarbeit in Kooperation mit der Hochschule durchzuführen. Des Weiteren befürwortet Frau Kirchner hier eine Trennung der verschiedenen Punkte sowie eine Darstellung in Aufzählungsform. Sie betont überdies, dass Assistenz nicht nur den pflegerischen Bereich betrifft, sondern auch den Freizeitbereich, welcher ein viel größeres Problem darstellt. Eine bessere Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum muss deshalb ins Auge gefasst werden, um auch weitere ehrenamtliche Dienste miteinbeziehen zu können.

Werbung für die Assistenzumsetzung

Frau Kirchner bringt die Idee hervor, eine Kampagne zu organisieren. Ziel ist es, über verschiedene Assistenzmodelle zu informieren und dafür zu werben. Dies könnte außerdem über die Beratungsstelle weiter vorangetrieben werden.

Wegfall der Einkommensgrenzen bei der Inanspruchnahme von Assistenzleistungen

Der letzte Satz dieser Maßnahme wird gestrichen, ansonsten gab es von Seiten der Teilnehmer keine Anmerkungen.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Änderungswünsche der Teilnehmer bezüglich des Textentwurfs können außerdem gerne an das BASIS-Institut gesendet werden. Herr Buba wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend sowie einen guten Nachhauseweg und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:

Hanspeter Buba

Tanja Ludl

BASIS-Institut